



Rede des Landesvorsitzenden der FDP-NRW
Prof. Dr. Andreas Pinkwart
auf dem außerordentlichen Landesparteitag
am 8. November 2008 in Düsseldorf

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

seit Wochen hören wir viele Nachrichten über die Finanz- und Wirtschaftskrise, die uns besorgt machen. Aber es gibt auch gute Nachrichten. Mit diesen möchte ich beginnen:

Erstens:

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben Barack Obama zum neuen Präsidenten gewählt. Er tritt überzeugend für unsere westlichen Werte ein:

Für die Kraft von Demokratie und Freiheit, für Menschenrechte und Toleranz. Wir wünschen ihm und der transatlantischen Zusammenarbeit eine gute Zukunft!

Zweitens:

Die Machtübernahme in Hessen durch Ypsilantis Linksfront ist gescheitert. Der Weg für Neuwahlen am 18. Januar ist endlich frei. Dies an sich ist schon ein gutes Konjunkturprogramm.

Drittens:

Die bayerische FDP hat nicht nur den Sprung in den Landtag geschafft. Sie übernimmt nach 46 Jahren auch wieder Regierungsverantwortung in Bayern. Wer hätte das bei seinem FDP-Eintritt nur zu hoffen gewagt.

Dies ist ein großer Erfolg der bayerischen FDP, ihrer Landesvorsitzenden Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und ihres Spitzenkandidaten Martin Zeil, der nun an die Erfolge des ersten bayrischen Wirtschaftsministers Ludwig Erhard anknüpfen kann.

Und dies ist ein großer Erfolg für die Bundes-FDP, allen voran für Guido Westerwelle, der sich wie kein anderer im bayerischen Landtagswahlkampf engagiert hat.

Betrachten wir die Bundesländer, so stellen wir fest, dass mittlerweile mehr als 60 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland eine von der FDP mitgeführte Landesregierung haben. Die FDP ist in den Ländern mittlerweile zweitstärkste politische Kraft.

Daraus leitet sich gerade in der gegenwärtig schwierigen Wirtschaftslage eine besondere Verantwortung ab, unser Land auf einen stabilen Kurs der Mitte zu führen und die Soziale Marktwirtschaft zu erneuern.

Finanzkrise

Es war richtig, auf die internationale Finanzkrise mit einem riesigen Kraftakt zu reagieren. Nur so konnte das Vertrauen in die Finanzmärkte wieder hergestellt werden. Daher hat die FDP diesem Paket im Bundestag wie im Bundesrat auch zugestimmt. Aber die FDP war es auch, die entscheidende Verbesserungen durchgesetzt hat, insbesondere die Stärkung der Bundesbank und der parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten.

Um das Vertrauen der Menschen jedoch dauerhaft wieder zurück zu gewinnen, ist es ebenso wichtig, dass jetzt Ursachen, Verantwortlichkeiten und Zusammenhänge klar benannt und national wie international die richtigen Schlüsse aus der Krise gezogen werden.

Soziale Marktwirtschaft

Dass dabei in Deutschland – anders als in anderen europäischen Ländern oder den Vereinigten Staaten – immer auch gleich die Systemfrage neu diskutiert wird, ist für uns Liberale kein Grund in die Defensive zu gehen. Ganz im Gegenteil.

Gerade in einer so schwierigen wirtschaftlichen Lage, in der wir uns jetzt in Deutschland befinden, sind die marktwirtschaftliche Kompetenz der FDP und unsere klare Haltung zu den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wichtiger und gefragter denn je.

Für uns Liberale gilt unverrückbar:

Die Soziale Marktwirtschaft ist ohne einen verlässlichen Wertekanon und einen tragfähigen Ordnungsrahmen nicht denkbar.

Und sie ist nicht denkbar ohne einen Staat, der die notwendigen Regeln auch durchsetzen kann. Dies kann er jedoch nur tun, wenn er sich nicht verzettelt sondern auf seine Kernaufgaben konzentriert.

Landesbanken

Der Staat muss die Regeln setzen und auch durchsetzen. Aber dieser Staat wollte – um ein Bild aus dem Sport zu gebrauchen – alles sein: Regelsetzer, Mitspieler, Schiedsrichter, Zuschauer, Rechteverwerter und Eigentümer des Stadions. Jetzt muss dieser Staat sich mühen, nicht auch noch zum Spielball zu werden.

Stark ist nur der Staat, der sich nicht selbst in einen Interessenkonflikt begibt, wie das bei den Landesbanken der Fall ist.

Schon im Juni 2002 hat die FDP im nordrhein-westfälischen Landtag die rot-grüne Landesregierung in einem Antrag aufgefordert „umgehend ein Konzept zur Beteiligung privater Investoren an der WestLB AG vorzulegen und die materielle Privatisierung der Bank auf den Weg zu bringen.“

Wären die damalige Landesregierung und ihr seinerzeitiger Landesfinanzminister Steinbrück der FDP gefolgt, wären dem Steuerzahler Verluste in Höhe von 4,8 Milliarden Euro und weitere Milliardenrisiken erspart geblieben.

Ob IKB, KfW, Bayern- und WestLB und wie wir seit gestern wissen auch die LBBW oder die anderen Landesbanken: Der Staat führt uns täglich vor Augen, dass er nicht der bessere Banker ist. Privat vor Staat bleibt für uns daher nach wie vor das tragende Prinzip für die Funktionsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft.

Freiheit und Verantwortung

Vor allem bei den amerikanischen Investmentbanken hat sich gezeigt: Eine zu niedrige Eigenkapitalquote, wie die exorbitanten Boni-Zahlungen für die Vorstände, fördern ein riskantes Geschäftsgebaren. Wenn es gut läuft, wird gut verdient, wenn es schlecht läuft, haben Eigentümer, wie das Management nicht viel zu verlieren. Gewinne werden so privatisiert, Verluste zu Lasten der Steuerzahler sozialisiert.

Deshalb sagen wir: Die Soziale Marktwirtschaft funktioniert nur dann erfolgreich, wenn das Recht auf Gewinnerzielung stets auch mit der Pflicht zur Übernahme von Verlusten verbunden bleibt.

Daher fordern wir in dem vom Landesvorstand heute eingebrachten Antrag: Eine angemessene Eigenkapitaldeckung. Neue Bilanzierungsregeln, die sicherstellen, dass Risikogeschäfte nicht außerhalb der Bilanzen versteckt werden können und eine Bezahlung des Managements, die sich stärker am nachhaltigen Unternehmenserfolg ausrichtet.

Denn Freiheit und Verantwortung gehören untrennbar zusammen.

Transparenz und Wettbewerb

Eine funktionsfähige Soziale Marktwirtschaft setzt zwingend Transparenz und Wettbewerb voraus. Auch gegen dieses Prinzip ist etwa bei den Ratingagenturen verstoßen worden.

„Ratingagenturen sind die größte unkontrollierte Machtstruktur im Weltfinanzsystem. Normalerweise würde man sofort zu dem Schluss kommen, also müssen sie kontrolliert werden.“

Sie haben sicher längst erkannt: Dieses Zitat stammt nicht von Oskar Lafontaine, sondern von Herrn Sanio, dem Präsidenten der obersten deutschen Finanzaufsicht BaFin. Allerdings hat er diese Aussage nicht erst jüngst getroffen, sondern bereits in einer Anhörung des Deutschen Bundestages im Frühjahr 2003, also vor mehr als fünf Jahren. Trotz dieser Einschätzung haben sich alle – auch die BaFin selbst – auf die letztlich unverbindlichen Empfehlungen der Ratingagenturen verlassen.

Da fragt man sich doch allen Ernstes, was die Herren Sanio und die SPD-Bundesfinanzminister in den letzten Jahren unternommen haben, um Schaden vom Finanzplatz Deutschland abzuwenden? Offensichtlich nichts oder jedenfalls nichts Wirksames.

Wir fordern in unserem Leitantrag im Interesse einer wirksamen Finanzaufsicht, endlich die Zusammenlegung unter dem unabhängigen Dach der Deutschen Bundesbank.

Der ehrbare Kaufmann

Gerade die Spitzen in Politik und Wirtschaft stehen in Verantwortung für das Vertrauen der Menschen in die Soziale Marktwirtschaft.

Die Mittelständler in Handwerk, Handel und Gewerbe sowie in den freien Berufen stehen Tag für Tag vor Ort durch Ihr Handeln für die Glaubwürdigkeit und die Verlässlichkeit der Sozialen Marktwirtschaft ein. Manche Unternehmensvorstände großer Unternehmen und Banken könnten sich an ihnen ein gutes Beispiel nehmen.

Mit einer Unternehmensführung mit Maß und Mitte, die zum Wohle des Unternehmens und der Beschäftigten nicht kurzfristige Gewinnmaximierung, sondern eine nachhaltige Unternehmensentwicklung im Blick hat. Diesen Botschaftern der Sozialen Marktwirtschaft gilt unsere besondere Anerkennung. Und deshalb werden wir einer Erbschaftsteuerreform im Bundesrat nicht die Hand reichen, die dem Mittelstand mit zusätzlicher Bürokratie und Steuerlasten schwächt, statt ihn zu stärken.

Innovations- und Wachstumsprogramm

Die Finanzkrise bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Auch hier gilt es jetzt mit Vernunft entgegenzusteuern. Was wir nicht brauchen, ist ein Konjunkturprogrammchen, wie es gestern von der großen Koalition beschlossen wurde. Ein Programmchen, von dem jeder weiß, dass es den Steuerzahler teuer zu stehen kommt, letztlich aber nur ein Strohfeuer entfachen kann.

Was wir jetzt vielmehr brauchen ist eine Wachstums- und Innovationspolitik, die konsequent Wachstumsbremsen löst und notwendige Zukunftsinvestitionen anstößt.

In welcher hilflosen Situation sich die große Koalition hineinmanövriert hat, zeigt sich an den Vorschlägen zur Kfz-Steuer: Mit Ministereremäßigungen soll ein Absatzstau aufgelöst werden, den die Regierung mit ihrer jahrelangen Verzögerungstaktik bei der CO₂-basierten Kfz-Steuer ganz wesentlich selbst verursacht hat.

Wir fordern stattdessen, die Kfz-Steuer endlich abzuschaffen und auf die Mineralölsteuer umzulegen. Das wäre sowohl Öko als auch logisch. Obendrein könnten die 3500 Stellen aus der Kfz-Steuerverwaltung endlich dorthin übertragen werden, wo sie viel dringender gebraucht werden, nämlich in unseren Schulen und Kindergärten.

Der zuständige Fachminister Tiefensee bietet hier – wie an anderer Stelle – keine Lösung, sondern: er selbst ist das Problem.

Ein weiteres Beispiel rot-schwarzer Unordnungspolitik ist der Gesundheitsfonds. Die große Koalition hat ihn gegen alle Vernunft durchgesetzt.

Zu Beginn der Regierung Merkel Ende 2005 lag der durchschnittliche Krankenkassenbeitrag noch bei 14,2 Prozent. Die Bundesregierung versprach damals die Beiträge stabil zu halten. Wenn jetzt der staatlich festgesetzte Einheitsbeitragssatz auf 15,5 Prozent festgeschrieben wird, dann bedeutet das für einen Durchschnittsverdiener im Jahr satte 442 Euro zusätzliche Krankenkassenbeiträge.

Das zeigt: Die Gesundheitspolitik der großen Koalition macht nichts besser, aber alles teurer.

Den Gesundheitsfonds jetzt in letzter Sekunde noch zu stoppen, wäre als Teil eines Wachstumsprogramms für Deutschland daher das Gebot der Stunde gewesen.

Anstelle zusätzlicher Abgabenbelastung brauchen die Arbeitnehmerhaushalte nach Jahren großkoalitionärer Steuererhöhungsorgien endlich ein einfaches und gerechtes Steuerrecht mit niedrigen Sätzen. Zum Einstieg fordern wir eine Entlastung der Familien mit Kindern durch Anhebung des Kinder- und Grundfreibetrages sowie die volle steuerliche Berücksichtigung der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge, bereits ab Januar des kommenden Jahres. Endlich müssen die Arbeitnehmer in unserem Land auch Netto mehr im Portemonnaie haben.

NRW – Auf dem Weg zum Bildungsland Nr. 1

Zentral für die Zukunft unseres Landes ist neben einer guten Wirtschaftspolitik, eine gute Bildungspolitik. Umso wichtiger wäre ein Erfolg des Bildungsgipfels gewesen. Doch anstelle klarer Zusagen, fester Termine und verbindlicher Budgets, gab es lediglich schöne Fotos und leere Versprechen.

Für Deutschland auf dem Weg zur Bildungsrepublik reicht das nicht.

Ob Bildungsgipfel, Konjunkturprogramm oder die gestrigen Kompromisse zur Erbschaftssteuer. Die letzten Monate zeigen: Mit dem entschlossenen Handeln in der Finanzmarktkrise, haben sich die Kräfte der großen Koalition abschließend erschöpft.

Dort wo wir in Verantwortung stehen, wie hier in NRW, belassen wir es nicht bei Versprechen. Wir handeln. Für uns hat Bildungspolitik politische und finanzielle Priorität.

Wir handeln

Nordrhein-Westfalen hat das modernste Schulgesetz und mehr Leistungsorientierung in Schulen und Unterricht. 7000 zusätzliche Lehrerstellen zum nächsten Schuljahr. Dazu kommen rund 7500 Lehrerstellen, die trotz des Schülerrückgangs nicht gestrichen, sondern beibehalten worden sind. Damit haben wir die Qualität in den Schulen sichtbar gesteigert und den Unterrichtsausfall fast halbiert.

Wir bekommen deutlich mehr Betreuungsplätze für die unter Dreijährigen: stolze 55.000 zum Kindergartenjahr 2009, alle förderbedürftigen Vierjährigen erhalten gezielte Sprachförderung.

Wir haben die Anzahl der Ganztagsbetreuungsangebote in den Grundschulen bereits jetzt mehr als verdoppelt und bauen die Ganztagsangebote auch an allen weiterführenden Schulformen aus.

Diese Zwischenbilanz zeigt: Wir halten in Nordrhein-Westfalen, was wir im Wahlkampf versprochen haben: Kinder fördern statt Steinkohle. Das setzen wir um.

Und wir wollen noch mehr erreichen. Wir wollen den Innovationsstau an den Hochschulen des Landes zügig auflösen und werden zusätzlich vier neue Fachhochschulen und fünf neue FH-Abteilungen errichten. Damit schaffen wir gerade

in den wichtigen Natur- und Ingenieurwissenschaften neue Studienplätze an innovativen Fachhochschulen.

Und wir setzen noch einen weiteren wichtigen Meilenstein im Bildungswesen:

NRW kämpft mit Nachdruck für ein nationales Stipendienprogramm, das hälftig von Staat und Wirtschaft getragen wird und dazu beiträgt, dass wir allen Talenten in unserem Land unabhängig von Herkunft und Einkommen, bessere Bildungschancen eröffnen können. Und wir stellen im Landeshaushalt sicher, dass wir dieses Programm zum kommenden Wintersemester 2009/2010 in NRW starten können. Denn wir wollen, dass uns kein Talent verloren geht.

Bildung ist für uns aber nicht nur Vermittlung von Wissen, sondern ebenso Wertevermittlung und gute Erziehung. Ohne eine Mindestausstattung an humanistischer Bildung führt kein Weg zu einer weltoffenen und toleranten Gesellschaft. Und auch das ist zentral für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Gerade in der Schulpolitik stehen wir für einen Weg der Vernunft, um maßgeschneiderte Schulpolitik in den Kommunen möglich zu machen. Die Schulform ist für Liberale kein Selbstzweck, sondern eine aus dieser Zielsetzung abgeleitete Größe. Deshalb zeigen wir uns auch offen für Weiterentwicklungen unseres mehrgliedrigen Schulsystems.

Vor dem Hintergrund sinkender Schülerzahlen aufgrund der demografischen Entwicklung, verändertem Elternwillen und steigender Anforderungen an die Qualität der Schulen von morgen, wollen wir neue passgenaue Schulangebote zulassen. Neben den Gymnasien wollen wir ein berufspraktisch orientiertes Schulangebot mit mehr Durchlässigkeit und besseren Aufstiegchancen.

Wir wollen den Trägern die Freiheit geben, über neue Formen der Zusammenarbeit von Haupt-, Real- und Gesamtschulen bis hin zu einer regionalen Mittelschule selbst zu entscheiden.

Ich freue mich, dass wir heute nach intensiver Diskussion in der Partei, auf der Grundlage des Beschlusses von Münster, einen Leitantrag beraten können, den der Landesvorstand einstimmig verabschiedet hat.

Mit Blick auf die lebendige Diskussion mit den anderen Parteien und mit Verbänden sei angemerkt: Schule ist zu aller erst eine Veranstaltung für die Schülerinnen und Schüler und nicht für Lehrerverbände, Gewerkschaften und Politiker. Im Mittelpunkt steht für uns der einzelne Schüler mit seinen Fähigkeiten und Begabungen. Die Kinder müssen pädagogisch sinnvoll, so individuell und differenziert wie möglich gefordert und gefördert werden. Dafür brauchen wir motivierte Schüler und Lehrer, beste Lehreraus- und Weiterbildung und wir brauchen engagierte Eltern.

Darauf zielt unsere Politik. Deshalb erteilen wir der rein ideologisch motivierten Einheitsschule von SPD und Grünen auch eine klare Absage.

NRW – Blaupause für Berlin

SPD und Grüne setzen erneut auf die alten, falschen Konzepte. Die SPD begibt sich mit der ihr noch verbliebenen Kraft auf den Weg zurück in die Steinkohlezeit. Die Grünen entscheiden sich im Zweifel für eine Zukunftsverhinderungspolitik. Das war jetzt in Hessen so. Das ist in Hamburg so, wo ein großes Kraftwerk gebaut wird, aber auf Kosten der Stromzahler nur mit halber Kraft arbeiten darf. Und das ist in NRW so, wo sie sich gegen wichtige Industrieprojekte stellen, die sie vorher noch selbst mit beschlossen haben.

Zu allem Überfluss halten sich SPD wie Grüne in NRW eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei schamlos offen.

Wir Liberale stehen hingegen stehen für das neue NRW, dass Chancen schafft und Leistung fördert. Damit schaffen wir bessere soziale Ergebnisse für alle Menschen in unserem Land.

Bei der Kommunal- und Europawahl sowie bei der Bundestagswahl stehen wir vor entscheidenden Weichenstellungen. Wir Liberalen in NRW gehen selbstbewusst und gestärkt in diese Auseinandersetzung.

Für uns ist NRW die Blaupause für Berlin. Und wie jüngste Umfragen an diesem Wochenende zeigen, sieht das die Mehrheit in Deutschland genau so.

Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, dass die FDP nach 10 Jahren Opposition in Berlin, endlich wieder Regierungsverantwortung für Deutschland übernehmen kann. Wir können das.